



Jahresbericht

Themen eines Jahres



OSWALD VON NELL-BREUNING

INSTITUT

FÜR WIRTSCHAFTS- UND
GESELLSCHAFTSETHIK

DER PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHEN
HOCHSCHULE SANKT GEORGEN



Europa in der Krise – das prägte die politische Debatte im Jahr 2015. In der ersten Jahreshälfte sorgte der Konflikt zwischen Griechenland auf der einen sowie der „Troika“ und der deutschen Bundesregierung auf der anderen Seite für viel Aufregung und hektische Aktivitäten. Nach der Sommerpause waren zumeist die Auseinandersetzungen um die Bewältigung des Flüchtlingsstroms und die innereuropäische Verteilung der dabei anfallenden Kosten das Topthema. Beide europäischen Krisen haben die MitarbeiterInnen des Nell-Breuning-Instituts in Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und publizistischen Beiträgen sozial-ethisch reflektiert. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeit standen 2015 einer-

seits die Themen Finanzethik, Armut und Ausgrenzung sowie die Erwerbsarbeit in Privathaushalten, andererseits die Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Ideen Pater von Nell-Breunings und mit der Umweltenzyklika „Laudato Si“. Diese Schwerpunkte zeigen sich in den Forschungsprojekten und in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Instituts. Aus der sozialetischen Werkstatt des Instituts im Jahr 2015 haben wir für Sie fünf Werkstücke als „Themen eines Jahres“ zusammengestellt. Der erste Beitrag beleuchtet die Krisensemantik in den Massenmedien. Zudem sind jeweils zwei Texte dem Themenfeld Armut und Teilhabe sowie der Ethik der Finanzmärkte gewidmet.

Dieser Jahresbericht wurde von der Umweltdruckerei (Hannover) gedruckt.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier (ausgezeichnet mit der Euroblume)



Eine anregende Lektüre dieser fünf Einblicke in die sozialetische Arbeit des Instituts und des Jahresberichts wünscht Ihnen

das Team des Nell-Breuning-Instituts



Inhalt

1	Editorial	3	
2	Das Institut	6	
3	Themen eines Jahres		
3.1	Kleine Medienkunde für Krisengeplagte	8	
	<i>Korbinian Zander</i>		
3.2	Soll der Streit darüber, wer arm ist, die Bekämpfung der Armut ablösen?	11	
	<i>Friedhelm Hengsbach</i>		
3.3	Tafelläden – Zeichen gesellschaftlicher Spaltung	14	
	<i>Michael Wolff</i>		
3.4	Berufsethik für Banker: Gibt es ein Richtiges im Falschen?	18	
	<i>Bernhard Emunds</i>		
3.5	Engagement – Chancen für kirchliche Investoren	22	
	<i>Prisca Patenge</i>		
4	Tagungen und Kooperationen	26	
5	Forschungsprojekte	33	
6	Publikationen	37	
7	Das NBI in den Medien	40	
8	Wer mehr wissen will	42	



Von links:
Prof. Dr. em. Friedhelm Hengsbach SJ, Stefan Reck, Rebecca Pinto, Prisca Patenge,
Michael Wolff, Katharina Penits, Tamara Schwertel, Esther Jünger, Sebastian Schwertfeger,
Korbinian Zander, Prof. Dr. Bernhard Emunds, Erzsebet-Noemi Noje-Knollmann



2 Das Institut

Kaum zu glauben, aber das Nell-Breuning-Institut besteht nun schon 25 Jahre! Zugleich jährte sich 2015 zum 125. Mal der Geburtstag des Namensgebers, Pater Oswald von Nell-Breuning. Beide Jubiläen hängen zusammen; denn am 8. März 1990, bei einem Festakt zu Pater von Nell-Breunings 100. Geburtstag, tat der damalige Provinzial der Norddeutschen Provinz der Jesuiten, Pater Alfons Höfer SJ, die Absicht des Ordens kund, ein nach dem „Nestor der Katholischen Soziallehre“ benanntes Institut zu gründen. Am 4. Mai 1990 folgte dann der offizielle Gründungsbeschluss des Hochschulrates der Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen. Das Nell-Breuning-Institut beging die beiden Jubiläen mit einer Zukunftswerkstatt im Haus am Dom, einem Fachgespräch zum Dialog zwischen Sozialpolitik(-Theorie) und Christlicher Gesellschaftsethik sowie mit einem Buch über die sozialpolitischen Impulse Pater von Nell-Breunings. Im Jubiläumsjahr startete das Nell-Breuning-Institut ein neues Forschungsprojekt, in dem es um die in großen deutschen Zeitungen geäußerten Erwartungen an Banken geht. Bei den Wissenschaftlichen Mitarbei-

terInnen des Instituts gibt es seit dem Projektstart im April folglich ein neues Gesicht, den Soziologen Korbinian Zander. Gewissermaßen im Gegenzug hat Isabell Merkle das Nell-Breuning-Institut verlassen – nach erfolgreichem Abschluss eines Projektes zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Domestic Workers/Hausangestellten. Für Kontinuität in der Gruppe der Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sorgten Prisca Patenge und Michael Wolff. Erweitert wurde das Instituts-Team außerdem um Rebecca Pinto, die seit Juni als Institutsassistentin für eine bessere Koordinierung der Arbeitsabläufe sorgt. Nach dem erfolgreichen Abschluss seines Theologiestudiums verließ Rolf Kronenberger im Juli die Gruppe der Studentischen und Wissenschaftlichen Hilfskräfte. Hier gab es aber gleich fünf Neuzugänge: die Sankt Georgener Studierenden Katharina Penits, Petrus Appel, Stefan Reck und Sebastian Schwertfeger sowie Tamara Schwertel, die an der Goethe-Universität Soziologie studiert. Als „alte Hasen“ blieben dem Institut Esther Jünger, Erzsébet-Noémi Noje-Knollmann und Leslie Seymour erhalten.

Prof. Dr. Bernhard Emunds

Leiter des Instituts

Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie

E-Mail nbi@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 230

Arbeitsschwerpunkte:

- Grundlagen der Wirtschafts- und der Christlichen Gesellschaftsethik
- Theorie und Ethik der Finanzwirtschaft
- Ethik der Arbeit und des Sozialstaats

Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

Ehemaliger Leiter des Instituts

E-Mail nbi@sankt-georgen.de
Tel 0621 5999 0

Arbeitsschwerpunkte:

- Theorie demokratischer Marktwirtschaften
- Zukunft der Arbeit u. der sozialen Sicherheit
- Wirtschafts- und Arbeitsethik

Claudia Czingon

Wissenschaftliche Mitarbeiterin (seit Feb. 2016)

Soziologin (Diplom)

E-Mail czingon@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 106

Arbeitsschwerpunkte:

- Wissenschaftskommunikation
- Qualitative Sozialforschung
- Wirtschafts- und Finanzsoziologie

Rebecca Pinto

Institutsassistentin, Geographie (Diplom)

E-Mail rpinto@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 230

Arbeitsschwerpunkte:

- Büroorganisation & Finanzen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Tagungsmanagement

Erzsébet-Noémi Noje-Knollmann
Sebastian Schwertfeger
Perus Alexander Appel
Tamara Schwertel

Wissenschaftliche Hilfskräfte

Prisca Patenge

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Katholische Theologie (Diplom)

E-Mail prisca.patenge@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 642

Arbeitsschwerpunkte:

- Ethikbezogenes Shareholder Engagement
- Arbeit in der kirchlichen Sozialverkündigung
- Ethik des Immobilieninvestments

Michael Wolff

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Soziologe (Diplom) und Sozialwirt (M.A.)

E-Mail wolff@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 639

Arbeitsschwerpunkte:

- Lebenslagen-Ansatz, Capability Approach
- Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen
- Armut und soziale Ungleichheit, Partizipation von Menschen mit Armutserfahrung

Korbinian Zander

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (seit April 2015)

Soziologe (Diplom)

E-Mail zander@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 637

Arbeitsschwerpunkte:

- Sozial- und Gesellschaftstheorie
- Qualitative Sozialforschung
- Wirtschafts- und Finanzsoziologie

Jonas Hagedorn

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (seit März 2016)

Theologe (Diplom)

E-Mail hagedorn@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 105

Arbeitsschwerpunkte:

- Pflegearbeit in Privathaushalten
- Christliche Sozialethik/Politische Philosophie
- Wohlfahrtsstaats- und Korporatismusforschung

Esther Jünger
Leslie Seymour

Studentische Hilfskräfte



3 Themen eines Jahres

3.1 Kleine Medienkunde für Krisengeplagte

KORBINIAN ZANDER



In seiner Antwort auf die Frage der Zeit, wie unser Leben in zwanzig Jahren sein werde, antwortete der deutsche Regisseur Dominik Graf mit Bezug auf die sogenannte Flüchtlingskrise: „Deutsche Zukunft? Keinerlei Grund zur Zuversicht. Deutschland hat sämtliche ‚Krisen‘, die ich erlebt habe, nicht geschafft.“ Graf nannte die Entnazifizierung, die „Auseinandersetzung mit dem Protestpotential der sechziger Jahre“ und die deutsche Wiedervereinigung als Beispiele und kam zu dem Schluss: „Das Flüchtlingsproblem? Die nächste mentale und reale Katastrophe ist schon programmiert.“ Die Rede von der bevorstehenden Katastrophe, unser Bild von der Flüchtlingskrise im Allgemeinen und von all den anderen Krisen, in denen „wir“ uns regelmäßig befinden, steht in starkem Kontrast zu unserer Alltagserfahrung. Die Flüchtlingskrise

erfahren die Leser der Zeit in ihrem Alltag allenfalls durch verschärfte Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich, womöglich dadurch, dass ihnen in öffentlichen Räumen Personen begegnen, von denen sie annehmen dürfen, es handle sich um Flüchtlinge, und selbstverständlich auch, wenn sie sich in der Flüchtlingshilfe oder in einer fremdenfeindlichen Bewegung engagieren. Diejenigen alltäglichen Erfahrungen hingegen, die Hunderttausende gegenwärtig dazu motivieren, die Risiken für Leib und Leben auf sich zu nehmen, die eine Flucht über das Mittelmeer oder die Balkanroute bedeutet, werden gerade nicht unter dem Label „Flüchtlingskrise“ verhandelt. Die Flüchtlingskrise ist nicht die Krise der flüchtenden Syrer, die Flüchtlingskrise ist die Krise der deutschen, europäischen, westlichen Gesellschaft angesichts einer großen Zahl ankommender Syrer. Wie kommt also diese, zugegeben hier nur angedeutete, Diskrepanz zwischen einem krisenhaften, katastrophalen, dystopischen Bewusst-

sein und einem weit weniger aufregenden Alltag zustande? Wir sind es gewohnt, Krisen – sei es die Wiedervereinigung, sei es die Flüchtlingskrise, sei es der ganze Komplex der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise – als vornehmlich politische, wohl auch wirtschaftliche und vielleicht vage als allgemein gesellschaftliche Krisen zu beobachten und zu beschreiben. Dabei vergessen wir leicht, dass wir die Sachverhalte, die wir als gesellschaftliche Krisen beschreiben, mehrheitlich nicht unmittelbar im eigenen Alltag, auch nicht im Medium politischer Entscheidungen oder über Preise und Kontostände beobachten, sondern im Medium der Massenmedien. Wie immer, so gilt auch für die Flüchtlingskrise der vielzitierte erste Satz aus Niklas Luhmanns Monographie über die Realität der Massenmedien: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“ Und gerade im Bereich der Nachrichten wählen Massenmedien die Informationen, die sie verbreiten, nach Regeln aus, die in der Zeit auf Diskontinuität, im Sozialen auf Konflikte abstellen. Nur Neuigkeiten haben Informationswert. Normverstöße, Skandale, Konflikte und die Erwartung negativer Ergebnisse werden eher berichtet und in der Darstellung betont. Vor dem Hintergrund dieser Disposition der journalistischen Meldungen in Funk und Fernsehen, Tageszeitungen, Zeitschriften und Onlinemedien müssen wir ihre Prä-

ferenz für Krisensemantiken und das Phänomen der Flüchtlingskrise interpretieren. Der Alltag hat keinen Nachrichtenwert; die Krise sei wohl. Denn eine Krise ist ein vorübergehender pathologischer Zustand, der Anlass zu Kritik gibt, bei dem man die Hoffnung aber noch nicht aufgegeben hat. In dieser Spannung zwischen Gefahr und Hoffnung liegt auch der appellative Charakter von Krisendiagnosen (Luhmann). Wenn die Politik für Handlungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zuständig ist – eine vorsoziologische Selbstverständlichkeit –, dann impliziert eine gesellschaftliche Krise die Notwendigkeit raschen politischen Handelns. So schreiben einige Journalisten um Stefan Aust in der Welt vom 09.11.2015: „Der Ansturm der Flüchtlinge hat Deutschland kalt erwischt. Die Regierung ist hilflos, dabei war Berlin gewarnt. Wie es kam, dass die Bundesrepublik sehenden Auges in ihre größte Krise schlitterte.“ Die Regierung ist hilflos – ein unhaltbarer Zustand.

Die These, die dieser Text vorzustellen und durchzuspielen versucht, ist dass die Krise als Krise ein Produkt der Eigenlogik massenmedialer Berichterstattung ist. Natürlich ist die Krise real, aber in zweierlei Hinsicht: Sowohl was die Realität der Massenmigration als auch was die Realität der krisenhaften Selbstbeobachtung der Gesellschaft im Medium der Massenmedien betrifft. Und die Tatsache, dass wir die Vorgänge, die sich in der Region um Syrien, auf

der Balkanroute und schließlich in Deutschland in letzter Zeit ereignen, unter das Regime der Krisensemantik stellen, bleibt nicht ohne Folgen. In der Soziologie gibt es eine alte Faustregel, die unter dem Namen Thomas-Theorem bekannt geworden ist: „if men define situations as real, they are real in their consequences“ (W. I. Thomas/D. S. Thomas). Das heißt zunächst: Die Krise wirkt. Aber so einfach ist es dann doch nicht. Wer sich für Kommunikation interessiert, weiß, dass die Produktion der Inhalte, das heißt die Auswahl der Information und die Auswahl ihrer Mitteilung, nur die eine Seite der Kommunikation darstellt. Auf der anderen Seite folgt die davon unabhängige, dritte Selektion, das Verstehen und schließlich die Frage, wie der Leser, Hörer, Zuschauer mit weiterer Kommunikation anschließt. Was eine Meldung für die Leute bedeutet, hat ebenso viel mit den Leuten zu tun wie mit der Meldung. So bildet die medial erzeugte

Wirklichkeit der Flüchtlingskrise die Bühne für beides, für Willkommenskultur und für Rechtspopulismus. Für professionelle Politiker, die immer auch ihre Wiederwahl und den Wähler im Blick behalten müssen, wird die Situationsdefinition der Bevölkerung, von der sie selbst wiederum vornehmlich aus den Medien wissen, zum konsequenzenreichen Aspekt ihrer Situationsdefinition.

Was also tun? Das etwas altmodische Angebot dieses Textes lautet: Aufklärung. Das heißt schlicht, darauf hinzuweisen, dass die eingangs mit Dominik Graf exemplarisch dargestellte Aufregung womöglich mehr mit den, übrigens durchaus funktionalen, Darstellungsformen der Massenmedien zu tun hat als mit einer substantiellen Bedrohung der deutschen Durchschnittsbevölkerung. Die zweifelsohne notwendige Diskussion des Themas Migration kann von einer unaufgeregteren Haltung nur profitieren.

3.2 Soll der Streit darüber, wer arm ist, die Bekämpfung der Armut ablösen?

FRIEDHELM HENGSBACH SJ



Vier Armuts- und Reichtumsberichte sind von wechselnden Regierungen seit 2001 vorgelegt worden. Allerdings geschah dies in unregelmäßigen

Abständen. Und einer nüchternen Diagnose der Armutslagen folgte ein verklärender Blick auf die politischen Maßnahmen der jeweiligen Regierung, wie sie die Armut bekämpft. Diese Lücken füllen die jährlichen Armutsberichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus. Dieser hat 2015 einen Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland unter dem Titel veröffentlicht: „Die zerklüftete Republik“.

Warum haben einige überregionale Zeitungen und Magazine in einer ungewöhnlich aggressiven Form darauf reagiert? Und warum hat Prof. Dr. Georg Cremer, der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, am 27. April 2015 auf einer ganzen Seite der FAZ die „Alarmmeldung“ und die „Unstatistik des Monats“ des Partner-Verbandes so massiv kritisiert?

Der Hauptvorwurf besteht darin, dass die Armutsdiagnose sich an einem Begriff orientiert, der europaweit gilt, nämlich der Armutsgefährdung, das sind 60 Prozent des

bedarfsgewichteten mittleren Einkommens. Dieser Maßstab skandalisiere das Armutsproblem und verfehle die Faktenlage. Ein Armutsrisiko in Deutschland sei nicht wirkliche Armut. Im Jahr 2015 sprengte es jeden Vergleich mit der Zeit nach dem Krieg oder mit der Situation etwa in vielen Ländern Afrikas. Wer einmal arm ist, sei ja nicht immer arm. Die Armutsrisikoschwelle liege höher als die Bedarfsschwelle der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mit steigendem Wohlstand der ganzen Gesellschaft wachse automatisch die Menge der Armen. Die regionale Ungleichheit dürfe nicht pauschal, sondern müsse nach der Kaufkraft und den Kosten der Lebenshaltung, nach Städten und ländlichem Raum ausdifferenziert werden. Das Armutsrisiko lasse sich auch nicht isoliert von spezifischen arbeits- und sozialpolitischen Leistungen betrachten, wodurch verdeckte Armut in bekämpfte Armut überführt wird.

Allerdings verbirgt sich hinter der Kritik der relativen Einkommensarmut die Absicht, zu einem Armutsbegriff mit „veterinärmedizinischen“ Merkmalen zurückzukehren. Nur dann, wenn Menschen obdachlos sind und hungern, wenn sie in den Fußgängerzonen betteln und in Mülltonnen nach Essensresten oder

Pfandflaschen suchen, sollen sie als arm gelten. Armut in einem Land wie Deutschland ist jedoch mit Scham verbunden, am gesellschaftlichen Leben nicht mehr aktiv beteiligt zu sein. Soll etwa die Armut der Flüchtlinge veranschaulichen, dass es in Deutschland eine Armut wie in Kalkutta nicht gibt?

Armut in Deutschland bildet das eine Extrem auf einer Skala wachsender sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Polarisierung. Das andere Extrem wird durch exklusiven Reichtum dargestellt. Sowohl Armut als auch Reichtum sollten Gegenstand einer politischen Debatte sein. Denn beide sind politisch gemacht. Armut ist verursacht durch entregelte Arbeitsverhältnisse und demolierte solidarische Sicherungssysteme aufgrund der Agenda 2010; privaten Reichtum hat eine Finanz- und Steuerpolitik zugunsten so genannter Leistungsträger aufgetürmt. Im Gegensatz zu vielen deutschen Ökonomen, die noch einer marktradikalen Legende nachträumen, hat im angelsächsischen Raum (OECD, IWF und Weltbank) ein Wechsel der Denkmuster stattgefunden: Wachsende soziale Ungleichheit und Polarisierung schaden der innovativen Dynamik einer Gesellschaft. In den USA und in Großbritannien sind zivile Bewegungen entstanden, die Mindestlöhne fordern, welche ein menschenwürdiges Leben auf Dauer gewährleisten.

Die zivilen Initiativen einer „Vertafelung“ der deutschen Gesellschaft

waren ursprünglich auf die Notlage Obdachloser ausgerichtet. Inzwischen sind sie zu einem Paralleluniversum gewuchert, das vorwiegend Langzeitarbeitslose, Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende langfristig bedient. Sie expandieren synchron zum Anstieg der Armutsquote – als eine sanfte Rebellion der Barmherzigkeit gegen einen Sozialstaat, der sich vom Leitbild der Gerechtigkeit entfernt hat und das Recht Bedürftiger auf ein Leben in Würde nicht mehr einlöst. Dass die Armutsquoten zunehmen, während die Wirtschaft, der Exportüberschuss und die Beschäftigung steigen, ist ein deutsches Paradoxon.

Im Kampf gegen die Armut bedarf es: eines breiten Bündnisses der Wohlfahrtsverbände als Anwälte der Armen; eines solidarischen, umlagefinanzierten Sicherungssystems, das alle Personen und Einkünfte im Geltungsbereich der Verfassung einschließt; einer armutsfesten Grundsicherung nach einer massiven Erhöhung der Regelsätze; einer offensiven Beschäftigungspolitik, die wirtschaftliche und öko-soziale Ziele verfolgt; eines Abbaus sozialer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, zwischen Industriearbeit und sozialen Diensten, zwischen privaten und öffentlichen Haushalten; einer steuerlichen Entlastung des Arbeitsvermögens und progressiven Belastung des Kapitalvermögens; einer Belebung des sozialen Wohnungsbaus; einer Festigung der Tarifautonomie durch eine gesetzli-

che Verankerung der Tarifbindung; gleicher Startchancen junger Menschen für alle Bildungswege unabhängig vom Elternhaus. In einer solchen Gesellschaft, die der fairen Verteilung des kollektiv erarbeiteten Reichtums den Vorrang einräumt vor einem ziellosen, umwelt- und sozialschädlichen Wirtschaftswachstum möchte die Mehrheit der Bevölkerung wohl leben.

Friedhelm Hengsbach SJ, Aachener Nachrichten, 27.11.2015.



3.3 Tafelläden – Zeichen gesellschaftlicher Spaltung

MICHAEL WOLFF



Vor über 20 Jahren wurde die erste Lebensmittel-Tafel in Deutschland gegründet. Seitdem haben sich die Tafeln bezüglich Anzahl und Konzeption stark weiterentwickelt. Es gibt heute mehr als neunhundert Tafeln. Kennzeichnend für diese Angebote ist, dass hier Menschen, die von Armut und Ausgrenzung bedroht sind, unterstützend Nahrungsmittel, Kleidung, Möbel etc. erhalten.

Notwendig wurden Tafeln in Deutschland durch die starke Zunahme der Armut seit den 1970er Jahren. Ursprünglich sollte obdachlosen Menschen geholfen werden. Fast zwei Jahrzehnte später hat sich die Zielgruppe geweitet und die Tafeln sind zu einem festen Bestandteil des Versorgungssystems armer Menschen in Deutschland geworden. Sie leisten für viele Menschen einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag, weil sie die unzureichenden Grundsicherungsleistungen des Sozialstaates ergänzen.

Die Ursachen für die Armutsgefährdung sind vielfältig. Dazu gehören (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, die Trennung von Paaren aus Ein-Verdiener-Haushalten, die Geburt von (mehreren) Kindern, eine nicht ab-

geschlossene schulische und/oder berufliche Ausbildung sowie gesundheitliche Beeinträchtigungen. Armut zeigt sich neben geringen finanziellen Ressourcen auch in schlechtem bzw. unzureichendem Wohnraum, in geringeren Bildungs- und Berufschancen, in einem schlechten Gesundheitszustand und einer geringeren Lebenserwartung, in unsicheren Arbeitsbedingungen oder in Arbeit mit geringem Lohn und nicht zuletzt in starken Einschränkungen beim Erwerb von Nahrungsmitteln – daher die besondere Bedeutung der Tafeln. Sozialpolitische Kritik an den Tafelläden ist nicht neu, sondern sie begleitet die Tafelbewegung von Anfang an. Es geht dabei um das richtige Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat, von bürgerschaftlichem Engagement und der Gewährung sozialer Rechte. Angesichts der hohen Zahl der Tafelläden, der Intensität zivilgesellschaftlichen Engagements sowie des Erfolgs bei der Versorgung armer Menschen und der Linderung materieller Armutsfolgen besteht die Gefahr, dass die Tafelbewegung die Forderung nach einer ausreichenden Versorgung der sozial schwächsten Menschen durch den Sozialstaat weniger dringlich erscheinen lässt.

Das eigentliche Problem sind aber sicher nicht die Tafeln als soziale Einrichtung, sondern die Armut in Deutschland und die damit einher-

gehende Chancenlosigkeit, die sich nicht nur verstetigt hat, sondern immer größerer Personenkreise umfasst. Tafelangebote sind Seismographen für diese Armut; ein wachsendes Tafelangebot ist ein Indikator für wachsende Armut und für die Erosion des Sozialstaats. Tafeln sind ein Platzhalter für gesellschaftliche Debatten und ein Brennglas, durch das hindurch der Zustand des gesellschaftlichen Zusammenlebens sichtbar wird. Es geht daher um die Kritik an einer Gesellschaft und an einer Politik, die diese Armut zulassen und sie nicht mit sozialstaatlichen Instrumenten bekämpfen, sondern ihre Folgen lediglich mit existenzunterstützenden Angeboten lindern.

An die Stelle des Sozialstaats tritt eine Wohltätigkeitsgesellschaft der Stifter, privaten Spender und Sponsoren, deren gesellschaftlich stark honoriertes finanzielles und ehrenamtliches Engagement eigentlich nur einige Lücken der unzureichenden sozialstaatlichen Sicherung schließt. So haben sich die Tafeln etabliert und sind zu einer gesellschaftlichen Normalität geworden. Tafelnutzerinnen und Tafelnutzer sind der Inbegriff einer legitimen, weil „geprüften“ Armut. Mit ihnen und aufgrund des guten Images der Tafeln kann sich Armut normalisieren, denn für die Armen scheint gesorgt zu sein. Aber Armut bedeutet nie Normalität für die

betroffenen Menschen, sondern den Ausschluss von vielem, was das Leben lebenswert macht.

Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zu Beginn des Jahres 2005 war ein Markstein auf dem Weg zum Almosen- bzw. Suppenküchenstaat, weil mit ihr das Abschieben der Langzeitarbeitslosen in die gesellschaftliche Wohlfahrt einherging. Besonders zwischen 2005 und 2006 stieg die Zahl der Tafeln rapide an: von 480 Tafeln im Jahr 2005 auf 657 im Jahr 2006. Durch einen langfristigen Bezug von Hartz IV-Leistungen werden Prozesse der Verarmung und Verelendung in Folge einer nicht armutsfesten Grundsicherung beschleunigt. Die pauschalierte Leistungsvergabe blendet darüber hinaus die besonderen Bedarfe und die individuelle Not aus. Es entsteht ein Bedarf nach existenzunterstützenden Hilfen. Die Tafeln mildern die Folgen des Mangels durch die Kompensation mit unverbindlichen Almosen ab. Mit ihnen ist die Gefahr verbunden, dass sie einem weiteren Sozialabbau Tür und Tor öffnen und dass sich der Staat mit Verweis auf die Bürgergesellschaft aus der Daseinsvorsorge für seine Bürger sukzessive zurückzieht. Aus dieser Perspektive werden an der steigenden öffentlichen Unterstützung der Tafeln auch Schattenseiten deutlich. So stellen z. B. Kommunen den örtlichen Tafeln Räume

zur Verfügung, sie helfen bei der Beschaffung von Technik, übernehmen die Gebühren für die Biomüllentsorgung oder steigen sogar selbst in die Trägerschaft der Läden ein. Die Bundesregierung unterstützt die Tafelläden indirekt, indem zum Beispiel das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft einen Leitfaden vor allem zu den rechtlichen Aspekten der Weitergabe von Lebensmitteln an soziale Einrichtungen veröffentlicht hat. Außerdem konnten in den Jahren 2012 bis 2015 jährlich durchschnittlich fast 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesfreiwilligendienstes in Tafeln ihren Dienst leisten. Zu erwähnen sind auch die Ein-Euro-Jobs, die für ALG II-Leistungsberechtigte unter anderem in Tafeln eingerichtet wurden. Dieses staatliche Unterstützungs-

system für Tafeln führt dazu, dass weiterhin Armut lediglich gelindert und damit normalisiert wird. Nur eine Bekämpfung der Armut mit sozialstaatlichen Ansprüchen würde verdeutlichen, dass Armut und Unterversorgung auch politisch als nicht hinnehmbar gelten.

Nun gibt es die Tafeln also bereits seit über 20 Jahren. Aufgrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen werden sie auch weiterhin notwendig sein – solange es nicht gelingt, strukturelle Armut mit sozialstaatlichen Instrumenten nachhaltig zu bekämpfen.

Der Text basiert auf den Vorarbeiten zu dem gleichnamigen „Frankfurter Arbeitspapier zur gesellschaftsethischen und sozialwissenschaftlichen Forschung“, das im Februar 2016 veröffentlicht wurde.



3.4 Berufsethik für Banker: Gibt es ein Richtiges im Falschen?

BERNHARD EMUNDS



EthikerInnen, die anwendungsorientiert arbeiten und jeweils den Praktikern eines Handlungsbereichs Orientierungshilfe zu geben

versuchen, entwickeln nicht zuerst rein theoretisch ein komplexes Normensystem, um dieses dann nachträglich auf die ethischen Problemlagen des Handlungsbereichs bloß anzuwenden. Vielmehr beziehen sie sich bereits bei der Grundlegung ihrer anwendungsbezogenen Ethik auf eine Praxis, die sie als gute Praxis verstehen: als eine Praxis, die von Regeln bestimmt ist, die im Gemeinwohl bzw. im allgemeinen Interesse zu gründen scheinen und denen sich viele Praktiker innerlich verpflichtet wissen. Die Art und Weise, wie anwendungsorientierte EthikerInnen die ethischen Regeln und Intuitionen der jeweiligen Praktiker aufgreifen, mag differieren; aber die Notwendigkeit einer solchen Bezugnahme steht außer Frage. So stehen FinanzethikerInnen, die vor allem den Praktikern in den Finanzinstituten (im Folgenden auch einfach: Banker) bei der Suche nach ethischen Orientierungen helfen wollen, vor dem Problem, dass es in großen Teilbereichen der heutigen Finanzwirtschaft schwerfällt, eine

solche gute Praxis zu identifizieren. Zwar gibt es in fast allen ethischen Diskussionen mit Bankern Stimmen, die zur Rückbesinnung auf die Praxis und das Ethos der Bankenmitarbeiter vergangener Jahrzehnte mahnen. Aber ein solcher einfacher Rekurs auf die Vergangenheit hat für eine schnelllebige und schnell veränderliche Praxis wenig Orientierungskraft. In den letzten Jahren sind drei wichtige Monografien zur Finanz-Berufsethik erschienen. Ein zentrales Maniko der Bücher „Ethics in Finance“ von John R. Boatright (3. Aufl. 2014), und „Ethics in Investment Banking“ von John N. Reynolds und Edmund Newell (2011) besteht darin, dass die Autoren kaum oder gar nicht auf die ethischen Probleme eingehen, die auf die Kumulation und das Zusammenspiel vieler Finanzgeschäfte vieler Akteure zurückgehen. Weder der Problematik wechselseitiger Abhängigkeiten, die Systemrisiken bedingen, noch den Herausforderungen, die mit den kumulativen Prozessen der Finanzkonjunktur verbunden sind, räumen sie einen prominenten Platz in ihren finanzethischen Reflexionen ein. Dabei sind diese systemischen Aspekte für die jüngste Entwicklung der Finanzwirtschaft von zentraler Bedeutung. Sie spielen in die Geschäfte der Banker hinein und sind deshalb auch für eine

Finanz-Berufsethik hoch bedeutsam – einerseits als veränderter Kontext, der die Erfolgsaussichten der eigenen Geschäftsstrategien beeinflusst, andererseits weil sie bedeuten, dass das gleichgerichtete Handeln einiger Banker einschneidende gesellschaftliche Folgen haben, z. B. eine Finanzkrise auslösen kann.

Allein John Hendry, der Autor von „Ethics and Finance. An Introduction“ (2013), der dritten neueren Monografie, in der die Finanz-Berufsethik im Vordergrund steht, meidet konsequent die beschriebene Perspektivverengung. Sein Buch enthält nicht nur eigene institutionenethische Kapitel (Kapitel 1, 4 und 10). Vielmehr bezieht Hendry auch in seine berufsethischen Reflexionen hin und wieder die systemische Dimension der reflektierten Geschäftspraktiken ein; er greift Phänomene auf, die mit der Kumulation und dem Zusammenspiel vieler Finanzgeschäfte zu tun haben. So verweist er z. B. bei seiner ethischen Reflexion der Spekulation mit Optionen und anderen komplexen Finanztiteln (in Kapitel 6) darauf, dass auf den entsprechenden Märkten nicht selten sehr viel spekuliert wird, dass dadurch häufig die Preisrisiken steigen und dass jeder einzelne Händler mit seinen spekulativen Transaktionen zu diesem Problem beiträgt. Wenn Hendry Phasen inten-

siver Spekulation und deshalb stark schwankender Kurse mit großstädtischen Verkehrsstaus zur Rush Hour vergleicht und dementsprechend die Verantwortung, solche Übel zu vermeiden, eher den Regulatoren (wie der Stadtverwaltung) statt den einzelnen spekulativen Marktteilnehmern (bzw. den einzelnen Autofahrern) zuweist, trifft er einen richtigen Punkt. Allerdings kann man ihm zugleich auch entgegenhalten, dass sich hier ein grundlegendes Problem der Berufsethik im Finanzwesen zeigt, das dringend einer eingehenden Reflexion bedarf. Offenbar gibt es – wie auch Hendry in seinem institutionenethischen Kapitel 4 über das Finanzsystem klar herausstellt – Geschäftsmodelle, die nichts zum Wohlstand der Gesellschaft(en) beitragen oder sich gar negativ auf ihn auswirken. Ist es eine überzeugende Lösung, die berufsethische Reflexion dieser Geschäfte mit dem Hinweis einer vorrangigen Verantwortung der Regulatoren zu beenden und alle weiterführenden Fragen in die Institutionenethik auszulagern? Oder muss nicht auch in der Berufs-Ethik herausgestellt werden, dass sich die Finanzinstitute besser aus den entsprechenden Geschäftsfeldern zurückziehen oder dass sie diese anders gestalten sollten?

Den Punkt, um den es hier geht, kann

man anhand einer besonders weit verbreiteten Geschäftspraxis noch etwas deutlicher herausarbeiten; diese Praxis beäugt auch Hendry kritisch (in Kapitel 8), allerdings ohne seine Einschätzung abschließend in einem ethischen Urteil zu bündeln: Ein Großteil der Anlagefonds, die Privatleuten oder auch Stiftungen usw. angeboten werden, sind aktiv gemanagte Fonds. Das bedeutet, dass die VerwalterInnen der Fonds die Zusammensetzung des Anlageportfolios stetig verändern. Bei einem aktiv gemanagten Aktienfonds erwerben die FondsmanagerInnen immer wieder – wie sie beanspruchen –renditeträchtige Aktien,

während sie solche Aktien, für die sie eine unterdurchschnittliche Entwicklung erwarten, abstoßen. Zu einer recht eindeutigen Schlussfolgerung, was die Vorteile solcher Umschichtungen betrifft, kommt man, wenn man beachtet, dass sich an der Börse das gegenüber dem gesamten Aktienmarkt bessere Abschneiden der Einen und das schlechtere Abschneiden der Anderen immer die Waage hält, und wenn man zudem die Gebühren berücksichtigt, die bei Kauf und Verkauf der Aktien sowie für die „aktive“ Betreuung des Fonds durch die Verwalter anfallen. Diese Schlussfolgerung lautet, dass der Durchschnitt der „aktiv gemanagten“

Fonds nur eine schlechtere Rendite bieten kann als der Aktienmarkt insgesamt. Empirische Untersuchungen bestätigen nicht nur diese einfache Überlegung, sondern zeigen auch, dass es keinem Fonds gelingt, über lange Zeiträume hinweg besser als der Aktienmarkt insgesamt abzuschneiden – ein Ergebnis, für das die Kapitalmarkttheorie im Übrigen gute, hier nicht zu rekapitulierende Gründe benennen kann. Kurzum, das verbreitete aktive Management von Fonds (hier: von Aktienfonds) hat für die Anleger keinen positiven Effekt. Sie würden auf die Dauer höhere Erträge erzielen, wenn sie die Aktien von zwanzig oder dreißig großen Konzernen verschiedenster Branchen kauften und diese erst wieder verkauften, wenn sie das Geld benötigen. Der Wohlstandsbeitrag des ganzen Geschäftsfeldes aktiv gemanagter Fonds ist also fraglich. Müsste den Bankern nicht auch in einer Berufsethik nahegebracht werden, dass sie sich in ihren Instituten am besten für einen Rückzug aus diesem oder aus ähnlich problematischen Geschäftsfeldern stark machen sollten? Hier stößt man an die Grenzen einer Berufsethik, deren Aufgabe ja darin besteht, das berufliche Handeln einzelner zu orientieren. Schließlich gibt es in der Finanzwirtschaft Geschäfts-

bereiche, in denen dieses ethisch zu orientierende Handeln vor allem aus – in der Branche weit verbreiteten – Praktiken besteht, die sich negativ auf die KundInnen und/oder die Gesamtwirtschaft auswirken. Eine solide ethische Reflexion kommt ggf. zu dem Ergebnis, dass diese Praktiken nicht zu rechtfertigen und folglich aus ethischen Gründen einzustellen sind. Da es sich dabei aber nicht nur um ein paar zweifelhafte, für den Gewinn des Finanzinstituts insgesamt unerhebliche Grenzfälle handelt, sondern ggf. auch um weit verbreitete Praktiken, die den Kern des Geschäftsfelds ausmachen, steht in diesem Teilbereich das Geschäftsmodell insgesamt in Frage. Eine Berufsethik, die in einem ganzen Teilbereich zu einem derart negativen Ergebnis kommt, hebt sich selbst auf. Sie läuft – in einem Teilbereich (!) – auf die Forderung hinaus, jenes Handlungsfeld abzuschaffen, in dem sie eigentlich mit dem Ziel angetreten ist, Handlungen zu orientieren.

Der Text basiert auf den Vorarbeiten für einen Literaturüberblick zur Finanzethik, der unter dem Titel „Nach dem Beben. Zum Stand der finanzethischen Diskussion“ in der Theologischen Revue (111/6 (2015), 437-454) erschienen ist.



*o.v.l.n.r.: Esther Jünger, Petrus Alexander Appel, Rolf Wortelboer,
Prisca Patenge, Korbinian Zander
u.v.l.n.r.: Prof. Dr. Bernhard Emunds, Erzebet-Noemi Noje-Knollmann,
Michael Wolff, Leslie Seymor, Katharina Penits*

3.5 Shareholder Engagement – Chancen für kirchliche Investoren in Deutschland

PRISCA PATENGE



Im Sommer 2015 veröffentlichten die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine „Orientierungshilfe für Finanzverantwortliche katholischer Einrichtungen in Deutschland“. Gleich zu Anfang der Orientierungshilfe erinnern sie mit dem Zitat: „Das Geld muss dienen und nicht regieren!“ aus dem Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus an einen zentralen Inhalt der kirchlichen Sozialverkündigung: Die Wirtschaft hat ihren Zweck nicht in sich selbst, sondern steht im Dienst des Menschen. Dem ethischen Anspruch, der damit verbunden ist, könne und wolle sich die Kirche – so die Orientierungshilfe – auch in ihrem wirtschaftlichen Handeln nicht entziehen. Ihre Finanzverantwortlichen müssten sich deshalb „bei der Geldanlage ethisch die Frage [...] stellen, ob das Investment zum Gelingen menschlichen Lebens im globalen Kontext positiv beiträgt oder [ob] es dieses vielleicht sogar erschwert“. Das bedeutet auch, nicht erst bei der Verwendung von Anlageerträgen sondern schon bei deren Erwirtschaftung ethische Maßstäbe zu beachten.

In Ländern wie den USA und Großbritannien spielen Wertpapiermärkte für die Unternehmensfinanzierung und Geldanlage eine zentrale Rolle. Dort nutzen kirchliche Anleger bereits seit Jahrzehnten ihre Rechte als Aktionäre, um Unternehmen zu mehr sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu bewegen. Diese Variante ethikbezogenen Investments bezeichnet man als „aktives Aktionärstum“ oder „Shareholder Engagement“. Im Folgenden ist einfach von Engagement die Rede.

Mit Investitionen in Anteile eines Unternehmens übernehmen die Anleger Verantwortung nicht nur für die interne „Governance“ des Unternehmens, sondern auch für seine Auswirkungen auf Gesellschaft und natürliche Umwelt. Aus dieser Perspektive heraus empfahl die von der Deutschen Bischofskonferenz beauftragte Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik in ihrer Studie „Mit Geldanlagen die Welt verändern?“ (2010) den Verwaltern kirchlichen Vermögens, nicht nur ethikbezogen zu investieren, sondern auch Engagement zu betreiben. Investoren, die sich zu Engagement-Aktivitäten entschließen, können aus einer Vielzahl von Maßnahmen wählen: Der ethisch begründete Verzicht auf die Investition in ein Unternehmen oder auch ein ethisch motivier-

ter Rückzug aus ihm werden zu den nicht- bzw. leicht konfrontativen Maßnahmen gezählt. Dabei versucht der Investor nicht aktiv, die Geschäftspolitik eines Unternehmens zu verändern. Es handelt sich allenfalls um indirekte Signale an das Management. Anders ist das bei den mäßig konfrontativen Maßnahmen. Zu ihnen zählen u. a. die in den USA verbreiteten offiziellen Aktionärsanfragen an das Management, mit denen ein Investor Informationen gewinnen oder Detailänderungen der Geschäftspolitik bewirken will. Hier ist das Unternehmen gehalten, auf die Aktion des Investors zu reagieren. Um Veränderungen zu erreichen, zielen die Investoren einen dauerhaften Dialog mit der Unternehmensführung an. Als mäßig konfrontativ werden auch Maßnahmen eingestuft, bei denen sich ein Investor mit anderen Aktionären zusammenschließt, um bei einer Hauptversammlung gemeinsam gegen Managementanträge zu stimmen oder eigene Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen. Bei stark konfrontativen Maßnahmen kooperieren die Anleger mit anderen Investoren, um das Management insgesamt auszuwechseln oder um einzelne personelle Veränderungen in der Unternehmensführung durchzusetzen. Oder sie wenden sich begleitend zu anderen Engagement-Maßnahmen

an die (Medien-)Öffentlichkeit, und versuchen dort ihre Kritik am Management prominent zu platzieren. Mit stark konfrontativen Maßnahmen soll Druck auf das Unternehmen ausgeübt werden, damit es sich den Wünschen des Investors beugt. Welche Maßnahmen Investoren wählen und wie konfrontativ sie in ihren Engagement-Prozessen vorgehen, hängt davon ab, welchem Investorentyp sie angehören. In einer Studie von Riedel und Schneeweiß (Aktives Aktionärstum in Deutschland, 2008) werden drei Typen entsprechend der Frage differenziert, ob sie ökonomische oder ethische Ziele verfolgen bzw. wie sie diese jeweils gewichten. „Weitsichtige Renditeoptimierer“ erhoffen sich durch Engagement-Aktivitäten eine langfristige und bessere Rendite. Soziale und ökologische Ziele verfolgen sie nur, wenn diese dauerhaft einen wirtschaftlichen Gewinn versprechen. Sie verzichten auf Maßnahmen, die einen hohen zeitlichen, personellen oder finanziellen Aufwand mit sich bringen, deren positiver Beitrag zur Rendite unsicher ist oder die zu einer wirtschaftlichen Verschlechterung des Unternehmens führen könnten. Mit anderen Investoren kooperieren sie, wenn sie sich sicher sind, mit ihren ökonomischen Argumenten überzeugen zu können. Für die „Aktionäre für eine bessere

Welt“ stehen dagegen allein ethische Ziele im Vordergrund. Ökonomische Interessen ordnen sie diesen unter und scheuen weder einen wirtschaftlichen Schaden des Unternehmens (der für sie selbst ja einen Vermögensverlust bedeutet), noch teure oder absehbar ergebnislose Engagement-Prozesse. Sie sind bereit, mit anderen Investoren zu kooperieren. Ihre Vernachlässigung ökonomischer Ziele und ihre Bereitschaft zu konfrontativem Auftreten gegenüber dem Unternehmen erschweren aber die Zusammenarbeit mit anderen Investoren.

„Aufgeklärte Investoren“ schließlich verfolgen ökonomische und nicht-ökonomische Ziele etwa gleichgewichtet. Neben sozialen und ökologischen Zielsetzungen streben sie also auch eine langfristige Verbesserung ihrer Rendite an bzw. wollen zumindest keinen wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehmen. Engagement betreiben sie meist in Form kooperativer Dialoge mit Unternehmen, wobei sie stark konfrontative Maßnahmen meiden. Die Zusammenarbeit mit anderen Investoren suchen sie aktiv und wählen Maßnahmen, die auch für diese akzeptabel sind. Diese „kooperative Engagement-Strategie“ beruht u. a. auf der Annahme, dass die Einflussrechte von Aktionären nicht ausreichen, um Unternehmen zu Verhaltensänderungen zu zwingen. Das Management eines Unternehmens soll deshalb durch fundiertes Wissen und gute Argumente auf bestimmte Themen aufmerksam gemacht und

für die damit zusammenhängenden Aspekte der Geschäftspolitik sensibilisiert werden.

Anders als im anglo-amerikanischen Raum steckt das Engagement kirchlicher Investoren in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Dabei ist der Rückstand auf der katholischen Seite größer als auf der evangelischen. Besonders zurückhaltend sind bisher die Vermögensverwalter der Diözesen und Bischöflichen Stühle.

Ein Blick auf die kirchliche Investorenszene in den USA und in Großbritannien zeigt: Wenn kirchliche Anleger Engagement betreiben, sind sie zumeist den „aufgeklärten Investoren“ zuzuordnen. Die Mehrheit von ihnen wird nicht ausschließlich für ethische Zielsetzungen aktiv. Stark konfrontative Maßnahmen lehnen sie ab, vor allem wenn sie dabei die (Medien-)Öffentlichkeit einbeziehen müssten. Ihre Engagementprozesse sollen nicht zu wirtschaftlichen Nachteilen führen. Letzteres ergibt sich für die Verwalter katholischen Kirchenvermögens auch aus der Sorgfaltspflicht „eines guten Hausvaters“ (CIC c. 1284 § 1), auf die sie der Codex der Katholischen Kirche festlegt.

Für die Weiterentwicklung ihres ethikbezogenen Investments und für den Aufbau von Engagement-Fähigkeiten benötigen die Verwalter katholischen Kirchenvermögens in Deutschland mehr ethisches und ökonomisches Orientierungswissen – zugeschnitten auf ihre spezifisch-kirchlichen Bedarfe. Dazu sollte offiziell ein ständiger Arbeitskreis nach

dem Vorbild des „Arbeitskreises kirchlicher Investoren“ der EKD eingerichtet werden. Zur Unterstützung kirchlicher Engagement-Aktivitäten wäre diesem eine kleine Arbeitsstelle zur Seite zu stellen.

Der Text basiert auf der Studie „Shareholder Engagement mit sozialen und ökologischen Zielen“, die das Oswald von Nell-Breuning-Institut im Auftrag der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz 2015 erstellt hat.





4 Tagungen und Kooperationen

4.1 Fachtagung „Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende“

Die Fachtagung „Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende“, die am 23./24. September 2015 im Schmitt-henner-Haus in Heidelberg stattfand, war die vierte in der Reihe "Die Wirtschaft der Gesellschaft", die das Oswald von Nell-Breuning-Institut und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg (FEST) gemeinsam durchführen. Die Fachtagung, deren Organisation dieses Mal in der Hauptverantwortung der FEST lag, befasste sich mit der Frage, wie Erwerbsarbeit in Zeiten eines erlahmenden Wirtschaftswachstums möglich ist – und wie sie sich unter den Bedingungen einer „Postwachstumsgesellschaft“ verändern muss. Dabei ging es in einem

einleitenden Vortrag von Prof. Dr. Hans Diefenbacher und Dr. Volkert Teichert (beide FEST) um den Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum in verschiedenen Zukunftsszenarien. Die folgenden Vorträge und Diskussionen beleuchteten verschiedene Teilaspekte einer Postwachstums-Arbeitsgesellschaft: u. a. die Sorgearbeit (Referentin: Mascha Madörin), die Arbeitszeitpolitik (Dr. Jürgen Rinderspacher, Universität Münster), die Möglichkeiten einer optionalisierten, selbstbestimmten Arbeitsgestaltung (Dr. Andreas Hoff) und das Arbeiten in Postwachstumsunternehmen (Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink und die Studentische AG „Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft“).

4.2 Fachtagung „Wen kümmert die Sorgearbeit?“



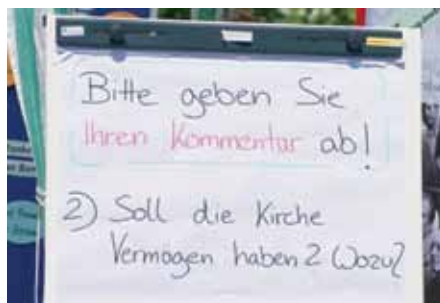
In den westlichen Industrieländern hat in den letzten Jahren die Beschäftigung in Privathaushalten stark zugenommen. Eine große Gruppe der neuen Domestic Workers bzw. Hausangestellten sind Migrantinnen aus ärmeren Ländern. Auch wenn deren Löhne für die Familien in den Herkunftsländern eine wichtige Einkommensquelle darstellen, sind die neu entstehenden Arbeitsverhältnisse aus sozioethischer Sicht hochproblematisch: Von den Mindeststandards des Arbeits- und Sozialrechts, die in den Industrieländern fest etabliert wurden, sind diese Beschäftigungsverhältnisse zumeist weit entfernt. Auch in der Bundesrepublik steht die Arbeits- und Sozialpolitik damit vor der Frage, ob sie die Augen vor dieser neuen Arbeitsrealität einfach verschließt oder ob sie mit Regulierungen und selektiven Fördermaßnahmen versucht, die Entwicklung der Erwerbsarbeit in Privathaushalten zu beeinflussen.

Die von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzte Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ hat zu diesem Thema eine Studie erstellt (Projektleiter Bernhard Emunds, Projektbearbeiterin Isabell Merkle; vgl. 6.2 in diesem Heft), die am 2. Juli 2015 auf einer interdisziplinären Fachtagung in der Katholischen Akademie Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Tagung, die das Nell-Breuning-Institut zusammen mit der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz ausgerichtet hat und deren Organisation von Prisca Patenge koordiniert wurde, eröffnete der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick, mit einem Grußwort. Zu den ReferentInnen der Fachtagung gehörten u. a. die ProfessorInnen Dr. Eva Senghaas-Knobloch, Dr. Ilona Ostner, Dr. Kirsten Scheiwe und Dr. Hans Bertram.

4.3 Aktivitäten zu den beiden Jubiläen

Vor 125 Jahren, am 8. März 1890, wurde der Namensgeber des Instituts, Oswald von Nell-Breuning, in Trier geboren. Vor 25 Jahren, am 4. Mai 1990, beschloss der Hochschulrat der Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen die Gründung des Nell-Breuning-Instituts. Die beiden Jubiläen des Jahres 2015 hat das NBI mit verschiedenen Aktivitäten begangen. Dazu gehören die Veröffentlichung des Sammelbands „Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik“ (vgl. 5.1 in diesem Heft), ein Stand des Instituts beim Sankt Georgener Sommerfest am 14. Juni 2015, bei dem sich viele interessante Gespräche über die Forschungsprojekte des Instituts ergaben, sowie zwei Tagungen.

Gemeinsam mit der Katholischen Akademie Rabanus Maurus (Studienleiter Dr. Thomas Wagner) erinnerte das Institut am 7. März 2015 im Haus am Dom mit der Zukunftswerkstatt „Solidarität neu denken!“ an Pater von Nell-Breuning SJ. Dieser entwickelte seine innovativen und wirkmächtigen Vorschläge für eine solidarische Gesellschaft im Industriekapitalismus des vergangenen Jahrhunderts. Aufgrund unserer Distanz zu dieser Zeit macht es wenig Sinn, seine damaligen Anregungen und Vorstellungen einfach zu wiederholen. Vielversprechender – und einem kritischen Geist, wie Pater von Nell es war, angemessener – sind Versuche,



seine damaligen Impulse zur Beantwortung heutiger Herausforderungen weiter zu entwickeln: Wie lässt sich in der Gegenwart – mit Nell-Breunings Sozialethik im Rücken – Solidarität als Gegenkonzept zu wirtschaftsliberalen Leitbildern und Strategien denken? Gibt es solidarische Alternativen zur vorherrschenden Markt- und Wachstumsorientierung mit ihren Exklusions- und Vereinzelungsfolgen? Als ReferentInnen entwickelten die ProfessorInnen Dr. Ilona Ostner, Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Dr. Wolfgang Schroeder und Dr. Matthias Möhring-Hesse ihre Vorstellungen und politischen Handlungsalternativen für eine solidarische Gesellschaft.

Das 25-jährige Jubiläum des Instituts wurde am 11. November 2015 mit dem Fachgespräch „Ach, wenn ich doch einen Nell-Breuning hätte, den ich um Rat fragen könnte“. Sozialpolitik und Christliche Sozialethik zu Nell-Breunings Zeiten und heute“ gefeiert. Dazu hatte das NBI ExpertInnen zum Thema Sozialpolitik aus der Sozialethik, der

Geschichtswissenschaft und der sozialwissenschaftlichen Forschung nach Sankt Georgen eingeladen. Mit Bezug auf das neue Buch „Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik“ gab es am Vormittag kurze Impulse und intensive Diskussionen über Nell-Breunings Wirtschaftsethik (Prof. Dr. Bernhard Emunds), seine Rolle als sozialpolitischer Impulsgeber (Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, LMU und Bayrische

Akademie der Wissenschaften), und den kapitalismuskritischen roten Faden seiner Schriften (Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ). Am Nachmittag ging es dann um heutige Erwartungen der Theorie der Sozialpolitik an die Christliche Sozialethik (Prof. Dr. Stephan Leibfried, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) und um Chancen einer Modernisierung des Solidarismus Nell-Breunings (Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Universität Tübingen).



4.4 Frankfurter Finanzethisches Forum

Im Finanzethischen Forum kooperiert das Nell-Breuning-Institut mit der Katholischen Akademie Rabanus Maurus (Studienleiter Dr. Georg Horntrich) und der Frankfurt School of Finance & Management (Prof. Dr. Erich Barthel). Zu den Aktivitäten des Forums gehören öffentliche Diskussionsveranstaltungen. So wurde am 15. September 2015 im Haus am Dom öffentlich über Steuervermeidung und Steuerhinterziehung debattiert. Auf dem Podium im Großen Saal saßen neben der Moderatorin Brigitte Scholtes vom Deutschlandfunk: Dr. Michael Meister MdB (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium

der Finanzen, Dr. Achim Doerfer, Steueranwalt und Autor des Buchs „Die Steuervermeider. Reichtum schützt vor Steuern“, Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft, und Markus Meinzer vom Tax Justice Network. Im Mittelpunkt der Forumsarbeit steht jedoch ein interner Diskussionskreis, in dem sich seit 2009 Praktiker aus Banken und finanzmarktpolitischen Behörden sowie VertreterInnen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Ethik intensiv über finanzethische Fragen austauschen. In diesem Kreis ging es 2015 um Bilder und Sprachmetaphern rund um die

Finanzkrise (Referent: Alexander Armbruster, am 22. April), um die Kommunikation von Zentralbanken, ihre Wirkung auf Märkte und die Bildung von Vertrauen (Dr. Elke Muchlinski, Dr. Bernhard Winkler, am 18. Mai) und – die Diskussionen bei der öffentlichen Veranstaltung vom 15. September weiterführend – um Steuervermeidung (Dr. Hubert Schmid, am 12. Oktober).



4.5 Workshop Ethik

Der Workshop Ethik ist ein metaethisches Diskussionsforum, das sich vor allem an NachwuchswissenschaftlerInnen richtet. Kooperationspartner des NBI



sind hier das Internationale Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) in Tübingen (Dr. Roland Kipke), die Abteilung für Sozialethik der Universität Mainz (Prof. Dr. Gerhard Kruij), die Evangelische Akademie Frankfurt (PD Dr. Gotlind Ulshöfer) und die Katholische Akademie Rabanus Maurus (Dr. Georg Horntrich). Der 14. Workshop (23.-25. März 2015, Martin-Niemöller-Haus in Schmitten-Arnoldshain) war der Frage nach den „Grenzen der Moral“ gewidmet. Ist die Moral wirklich für alles zuständig oder gibt es Fälle, in denen man ihren Anspruch zurückweisen muss? Moralische Forderungen sind dort fehl am Platz, wo jemand mit ihnen konfrontiert wird, der

ihnen gar nicht nachkommen kann: Ultra posse nemo tenetur. Mit diesem Argument wird z. B. in der Wirtschaftsethik häufig begründet, dass moralische Appelle sinnlos seien, wenn die Rahmenbedingungen moralisches Handeln bestrafen. Auch kann eine allzu dominante Moral die Sensibilität für die Besonderheiten eines Einzelfalls schwächen und verhindern, dass man diesen gerecht wird. Zu den ReferentInnen des 14. Workshops Ethik zählten neben dem bekannten Theologischen Ethiker Prof. Dr. Johannes Fischer u. a. Prof. Dr. Norbert Campagna, PD Dr. Michael Kühler, Dr. Stefan Hofmann SJ, Dr. Franziska Martinsen und Prof. Dr. Nico Scarano. Mit dem Workshop 2015 hat Prof. Dr. Bernhard Emunds seine Mitarbeit im Trägerkreis und Vorbereitungsteam des Workshops beendet. Ab dem 15. Workshop wird die Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen dort durch den Philosophen PD Dr. Stephan Herzberg vertreten.

4.6 Europäische Akademie der Arbeit

Auch 2015 beteiligte sich das Nell-Breuning-Institut an den Lehrgängen der Europäischen Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt. Dort absolvieren junge Personal- und Betriebsräte ein einjähriges transdisziplinäres Vollzeitstudium. Im 79. (2014/15) und 80. Jahrgang (2015/16) übernahmen erneut Bernhard Emunds, Thomas Wagner und Steffanie Wahl das Modul „Wirtschaftsethik“.

4.7 Kolloquien des Instituts

Die MitarbeiterInnen des Instituts und weitere InteressentInnen treffen sich ca. ein Mal im Monat für 90 Minuten zu einer inhaltlichen Austauschrunde. Hinzu kommen – zumeist eintägige – Kolloquien.

Das vor allem von Isabell Merkle vorbereitete Kolloquium im Wintersemester 2014/15 war dem Thema „Feministische Arbeitsforschung“ gewidmet (14. Januar 2015). Im Mittelpunkt des Kolloquiums standen die Vorstellung einschlägiger wissenschaftlicher Veröffentlichungen und die intensive Diskussion darüber. Die referierten und diskutierten Publikationen verteilten sich auf drei Themenbereiche: Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Lebensbereichen, Familienpolitik als Sozialpolitik sowie Segregation und Geschlechterungleichheit am Arbeitsmarkt.

Bei den Kolloquien im Sommersemester 2015 und im Wintersemester 2015/16 ging es um die „Ethik der Migration“. Hier kooperierte das Nell-Breuning-Institut mit dem Lehrstuhl für Moralthologie und Sozialethik der Goethe-Universität (Prof. Dr. Christof Mandry). Jeweils eine Sitzung des Kolloquiums fand an der Goethe-Universität und in Sankt Georgen statt. Am 7. Juli 2015

wurden philosophisch-ethische Positionen vorgestellt und diskutiert. Prof. Mandry hatte u. a. Texte von Michael Walzer, Seyla Benhabib, Joseph Carens, David Miller und Peter Schaber ausgewählt. Am 14. Dezember 2015 lag der Schwerpunkt dagegen auf den Beiträgen theologischer EthikerInnen. Darunter waren Veröffentlichungen von Gustavo Gutiérrez, Gioacchino Campese, Ilse Ahn, Kristin Heyer und Tisha M. Rajendra.

Beim sozialetischen Doktorandenkolloquium, das am 2. März 2015 in Sankt Georgen stattfand, diskutierten Aufbaustudierende der Abteilung für Sozialethik der Universität Mainz (Prof. Dr. Gerhard Kruip) und der Hochschule Sankt Georgen über vier Dissertationsprojekte. Bei dem Doktorandenkolloquium am 7. Oktober 2015 in Mainz stießen zu den Mainzer und den Sankt Georgener Aufbaustudierenden auch noch solche der Universität Tübingen (Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse) hinzu. Neben dem kollegialen Austausch über drei Promotionsprojekte stand dieses Mal auch eine Diskussion über das Büchlein „Die Antipolitischen“ von Jacques de Saint Victor auf der „Tagesordnung“.

5 Forschungsprojekte



5.1 Ethikbezogenes Investment: Aktives Aktionärstum

Als „Aktives Aktionärstum“ oder „Shareholder Engagement“ wird die aktive Einflussnahme von Anteilseignern auf das Management und die Geschäftspolitik eines Unternehmens bezeichnet. Dabei können die Aktionäre finanzielle oder ethische Zwecke verfolgen. Dem ethikbezogenen „Engagement“ kommt als ein möglicher Einflusskanal auf das Management einzelner Unternehmen eine besondere Bedeutung zu. Entgegen der Erwartungen vieler Anleger, die auf „ethisches Investment“ setzen, ist nämlich ein solcher spezifischer Einfluss auf Einzelunternehmen bei der üblichen Wertpapieranlage ohne „Engagement“ gerade nicht möglich. Im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz haben Prisca Patenge (Projektbearbeitung) und Bernhard Emunds (Projektleitung) untersucht, welche Erfahrungen kirchliche Investoren bisher mit ethikbezogenem „Shareholder Engagement“ machen konnten. Was kann die katholische Kirche vom „Interfaith Center For Corporate Responsibility“ (USA) und von der „Church Investors Group“ (Großbritannien) lernen? Welche Chancen bietet die Beteiligung an den „Engagement“-Aktivitäten der UnionInvestment? Wie können kirchliche Informationskanäle (zum Beispiel der Hilfswerke) für „Engagement“ genutzt werden? Die Studie, die das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz im Sommer 2016 unter dem Titel „Shareholder Engagement mit sozialen und ökologischen Zielen. Chancen für das ethikbezogene Investment kirchlicher Anleger“ veröffentlicht wird, endet mit Empfehlungen an die deutsche katholische Kirche.

5.2 Domestic Workers

In westlichen Gesellschaften steht der steigenden Erwerbspartizipation der Frauen eine nur unzureichende Beteiligung der Männer an der Sorgearbeit gegenüber. Deshalb wird in den Haushalten der reichen Industrieländer vermehrt auf die Unterstützung von Migrantinnen zurückgegriffen, die als „domestic workers“ bzw. Hausangestellte erwerbstätig sind. Viele Arbeitnehmerinnen in den Privathaushalten Westeuropas und Nordamerikas arbeiten „schwarz“ oder gar in der Schutzlosigkeit von „Menschen ohne Papiere“. Die Ausbeutung von „domestic workers“ ist also nicht nur ein Phänomen in Entwicklungsländern.

Angeregt durch die Konvention 189 zum Schutz von Haushaltsangestellten der Internationalen Arbeitsorganisation hat die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ im Auftrag der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz eine Studie zu diesem Thema erstellt. Die Projektleitung dabei hatte Prof. Dr. Bernhard Emunds, Projektmitarbeiterin war Isabell Merkle. Die Broschüre „Wen kümmert die Sorgearbeit. Gerechte Arbeitsplätze in Privathaushalten“, die bei einer Fachtagung im Juli 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (vgl. 4.1 in diesem Heft), kann auf der Homepage der Deutschen Bischofskonferenz bestellt oder von ihr heruntergeladen werden.

5.3 Ethische Aspekte der kirchlichen Vermögensanlage in Gewerbeimmobilien

Seit Dezember 2014 untersuchen der Lehrstuhl für Moraltheologie der Universität Mainz (Prof. Dr. Stephan Goertz, Barbara Knaack) und das Nell-Breuning-Institut (Prof. Dr. Bernhard Emunds, Prisca Patenge) gemeinsam die ethischen Herausforderungen, die mit der Investition kirchlichen Vermögens in innerstädtische Gewerbeimmobilien verbunden sind. Auftraggeber ist die Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft. Ein Schwerpunkt der Forschung lag im Jahr 2015 auf der Bestandsaufnahme und Systematisierung der kirchlich-lehramtlichen Texte, die für den Erwerb solcher Immobilien und für die dort stattfindenden Aktivitäten der (potenziellen) Mieter einschlägig sind.

5.4 Was sollen Banken tun? Zur Bedeutung von Rationalität und Legitimität im Bankensystem

Seit April 2015 führt das Nell-Breuning-Institut (Prof. Dr. Bernhard Emunds, Korbinian Zander) zusammen mit dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Universität Göttingen (Prof. Dr. Norbert Kädtler, PD Dr. Michael Faust) und der Hochschule Darmstadt (Prof. Dr. Ulrich Klüh, Alen Bosankic) ein finanzsoziologisches, ökonomisches und bankethisches Verbundprojekt durch. Das Projekt mit dem Namen „Was sollen Banken tun?“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Förderinitiative „Finanzsystem und Gesellschaft“ finanziert und ist den Rationalitäts- und Legitimitätsmustern der Bankwirtschaft gewidmet. Im NBI geht es einerseits um die sozialwissenschaftliche Erfassung gesellschaftlicher Erwartungen an Banken, wie sie in ausgewählten Zeitperioden in vier wichtigen Printmedien geäußert wurden. Andererseits sollen einige besonders

aussagekräftige Zeitungsbeiträge interpretiert und wirtschaftsethisch reflektiert werden. Die Forschungsfragen bei der sozialwissenschaftlichen Erfassung der Erwartungen lauten: Welche Erwartungen an Banken werden von wem zu welchen Zeiten formuliert? Sind Zusammenhänge zwischen der Inhalt-Akteur-Konstellation und dem Zeitpunkt einer geäußerten Erwartung erkennbar? Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass normativ aufgeladene Erwartungen an Banken vor allem dann in Massenmedien geäußert werden, wenn sie öffentlich wahrnehmbar verletzt wurden. Im Rahmen der Analyse und wirtschaftsethischen Reflexion ausgesuchter Zeitungsbeiträge wird herausgearbeitet, welche Wert- und Normvorstellungen den Positionen zugrunde liegen und wie diese aus Sicht der am Nell-Breuning-Institut erarbeiteten Politischen Wirtschaftsethik der Finanzmärkte einzuordnen sind.



6 Publikationen

6.1 Neue Bücher



„Den Kapitalismus bändigen“

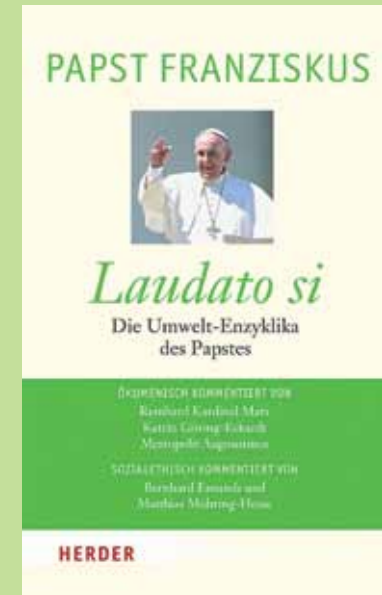
Bernhard Emunds u. Hans Günther Hockerts (Hg.)

Als führender Kopf des Sozialkatholizismus entwickelte Pater von Nell-Breuning SJ (1890-1991) markante Positionen der Kapitalismuskritik. Als Autor, Redner und Politikberater gewann er erheblichen Einfluss auf die sozialpolitischen Entscheidungen der frühen Bundesrepublik. Der Band hat eine doppelte Stoßrichtung: Nell-Breunings Impulse zu sozialpolitischen Themen (wie z. B. Vermögensbildung, Unternehmensverfassung, Erwerbsarbeit, Tarifvertragssystem oder Drei-Generationen-Solidarität) werden zum einen historisch in den Kontext der Debatten seiner Zeit gestellt. Zum anderen werden sie auf mögliche Anregungen für heutige Debatten hin befragt. Zu den AutorInnen gehören neben den Herausgebern u. a. die ProfessorInnen Dr. Christiane Kuller (Erfurt), Dr. Ilona Ostner (Göttingen), Dr. Hermann-Josef Große Kracht (Darmstadt), Dr. Friedhelm Hengsbach SJ (Frankfurt/Main), Dr. Traugott Jähnichen (Bochum), Dr. Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld), Dr. Wolfgang Schroeder (Kassel) und Dr. Berthold Vogel (Göttingen).

Kommentar zur Umwelt-Enzyklika *Laudato Si'*

Bernhard Emunds u. Matthias Möhring-Hesse

Gemeinsam mit Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse (Tübingen) hat Prof. Dr. Bernhard Emunds einen ausführlichen sozialetischen Kommentar zur Umweltenzyklika von Papst Franziskus geschrieben. In dem Fachkommentar mit dem Titel „Die öko-soziale Enzyklika“ deuten sie die Enzyklika als Aufruf des Papstes zu einer großen öko-sozialen Transformation. Auf knapp 150 Seiten untersuchen sie Papst Franziskus' Sicht der aktuellen ökologischen Herausforderungen, seine Kritik der kapitalistischen Wirtschaft und seine Vorstellungen von den notwendigen politischen Reformen. Außerdem charakterisieren sie das Profil seiner Umweltethik und seine auf den Dialog verschiedener Wissensformen abzielende Theologie. Der Kommentar ist bei Herder in dem Band „Papst Franziskus. *Laudato Si'*. Die Umwelt-Enzyklika des Papstes“ erschienen, der außerdem den Text der Enzyklika von Kardinal Reinhard Marx, Katrin Göring Eckardt und Metropolit Agostinos enthält.



6.2 Weitere Veröffentlichungen

Bernhard Emunds

Nach dem Beben. Zum Stand der finanzethischen Diskussion, in: Theologische Revue 111/6, 437-454.

„Finance“ hat goldenen Boden. Über das Problem hoher Einkommen ohne Wertschöpfung, in: forum wirtschaftsethik. Zeitschrift des dnwe 2015/2, 2-7.

Gemeinsam mit Hans Günter Hockerts: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn: Schöningh, 11-25.

Nell-Breuning und Piketty. Zwei vermögenspolitische Positionen im Vergleich, in: Bernhard Emunds/Hans Günter Hockerts (Hg.): Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn: Schöningh, 73-94.

Gemeinsam mit Esther Jünger: Die Sorgenlücke füllen – aber zu gerechten Bedingungen!, in: Siegfried Karl, Hans-Georg Burger (Hg.): Ausverkauf des

Menschen!? Gesellschaft, Wirtschaft und Ethik im Gespräch, Gießen: Psychosozial, 201-214.

Ökumenische Sozialinitiative. Fokus Finanzmarktregulierung, in: Evangelische Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft. Dokumentation der Diskussionsphase und Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative (Gemeinsame Texte 23), Hannover/Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz/Evangelische Kirche in Deutschland, 69-75.

Berufseid und Verhaltenskodex für Banker? Stellungnahme im Dossier der Frankfurter Rundschau (16.07.2015, S. 3) zum Vorschlag der G7, einen Verhaltenskodex für Banker zu entwickeln.

Umdenken, Ihr Euro-Retter! Beitrag für die Online-Ausgabe von Publik-Forum (13. 07.2015), im Internet: <http://www.publik-forum.de/Politik-Gesellschaft/umdenken-ihr-euro-retter/1#>

Prisca Patenge

Geschlecht als strukturell bedingte Anerkennungshürde, in: Anna Maria Riedl u. a. (Hg.): Gender – Autonomie – Identität. Beobachtungen, Konzepte und sozialetische Reflexionen (Forum Sozialethik 15), Münster/Westf.: Aschendorff, 147-164.

Michael Wolff

Gemeinsam mit Susanne Graf u. a.: Liga Stichtagserhebung 2015. Frauen und Männer in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot in Baden-Württemberg, Stuttgart: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Aktionswoche 2015 des Aktionsbündnisses: Wie gehts? Armut macht krank – Krankheit macht arm. Reader zur landesweiten Aktionswoche "Armut bedroht alle" 2015 in Baden-Württemberg, Stuttgart: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

Friedhelm Hengsbach SJ

Teilen, nicht töten, 2. Auflage, Frankfurt am Main: Westend Verlag.

Die Unternehmen paritätisch verfassen, in: Bernhard Emunds/Hans Günter Hockerts (Hg.): Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 11-128.

Religiöse Inspiration wirtschaftsethischer Reflexionen, in: Hg. in Scharer u.a.: Der Glaube an Gott und seine sozialen und gesellschaftlichen Folgen, Berlin: LIT Verlag, 95-119.

Armut wird gemacht. Das Versagen der politischen Klasse, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen, in: Ulrich Schneider (Hg.): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Frankfurt am Main: Westend Verlag, 109-144.

Wettbewerb im Gesundheitswesen: Ist noch Platz für Gleichheit und Gerechtigkeit?, in: Frankfurter Forum für gesellschafts- und gesundheitspolitische Grundsatzfragen, 2015/2, 6-17.

Legitimitätseinbußen des Staates. Eine gesellschaftsethische Reflexion, in: Günter Bentele u. a. (Hg.): Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft. Zur Debatte um Legitimation, öffentliches Vertrauen, Transparenz und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS, 139-155.

Die soziale Dimension der Europäischen Verträge – ein nicht eingelöstes Mandat, in: Ellen Bareis/Thomas Wagner (Hg.): Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtsproduktion „von unten“, Münster/Westf.: Westfälisches Dampfboot, 53-73.

Die „Kapitalismus“-Kritik des Papstes Franziskus, in: Theologisch-Praktische Quartalschrift 163 (2015), 43-53.

Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen. Rede anlässlich des Ostermarsches der Friedensbewegung, Frankfurt am Main 2015, in: Kritisches Christentum. Beiträge zu Kirche und Gesellschaft, Mai/Juni 2015, 6-10.



7 Das NBI in den Medien

- „Der ‚deutsche‘ Euro zerreißt Europa“

Friedhelm Hengsbach SJ über den nächtlichen Verhandlungsmarathon in der Griechenlandskrise, in: Aachener Nachrichten, 17. Juli 2015



- "Wir schaffen das!" – Aber wer soll was schaffen und wie?"

Friedhelm Hengsbach SJ über die Wirkung des zitierten Satzes Angela Merkels in den (inter)nationalen Medien, in: Aachener Nachrichten, 23. September 2015



- „Papst Franziskus spricht Klartext gegenüber den Industriellndern“

Bernhard Emunds zur Enzyklika Laudato Si', in: Berliner Zeitung, 18. Juni 2015



- „Krise in Europa: Fast schon politische Schuld-knechtschaft“

Bernhard Emunds über Ursachen, falsche Rezepte und fatale Folgen der ökonomischen und sozialen Krise in Europa, in: Caritas in NRW, Juni 2015



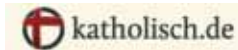
- „Berufseid und Verhaltenskodex für Banker?“

Bernhard Emunds über den Vorschlag der G7, einen Verhaltenskodex für Banker zu entwickeln, in: Frankfurter Rundschau, 16. Juli 2015



- „Zeichen der Ohnmacht?“

Friedhelm Hengsbach SJ über den Gewaltausbruch im Rahmen der Eröffnung der EZB, in: katholisch.de, 18. März 2015



- „Eine Mutter opfert sich auf“

Bernhard Emunds über die sog. 24-Stunden-Pflege polnischer Pflegekräfte, ihre eigenen Familien und ihre Herkunftsregionen, in: Süddeutschen Zeitung, 10. Oktober 2015



- „Der Papst fordert Respekt vor dem Eigenwert der Natur“

Ausführliches Interview mit Bernhard Emunds zur Enzyklika Laudato Si', Welt-Sichten, August-Heft 2015



- Oswald von Nell-Breuning. Was von der Katholischen Soziallehre geblieben ist

Friedhelm Hengsbach SJ im Gespräch, in: Deutschlandradio Kultur, 8. März 2015



- „Soziale Gerechtigkeit – eine Illusion?“

Friedhelm Hengsbach SJ über soziale Ungerechtigkeit in Europa, in: Deutschlandradio Kultur, 4. April 2015



- Diese Wirtschaft tötet. Welche Zukunft hat der Kapitalismus?

Friedhelm Hengsbach SJ im Gespräch mit M. Schmidt-Degenhardt, in: HR-Fernsehen, Horizonte, 22. Februar 2015



- „Wachstumskritik am Freihandelsabkommen TTIP“

Friedhelm Hengsbach SJ über die Auswirkungen von TTIP, Videointerview der KAB Deutschland e.V., 07. Mai 2015



- Teilen, nicht tten!

Friedhelm Hengsbach SJ im Gespräch mit Elfi Geiblinger über sein neues Buch, in: OE1 (ORF), 29.1.2015



- „Gerechte Erwerbsarbeit in Privathaushalten“

Bernhard Emunds über die Studie "Wen kümmert die Sorgearbeit? Gerechte Arbeitsplätze in Privathaushalten", in: SR2, 12. Juli 2015



- „Schuld und Schulden: Die Moral in der Kreditkonomie“

Bernhard Emunds zum Schweigen der Kirchen in der Europäischen Schuldenkrise, WDR 5, am 12. Juli 2015



- „Alt, abgeschoben, falsch behandelt - Was tun gegen den Pflegenotstand?“

Bernhard Emunds über die Situation der Pflegearbeit in Deutschland, in: WDR 5 Funkhausgesprche, 1. Oktober 2015





8 Wer mehr wissen will...

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der MitarbeiterInnen des Instituts im Jahr 2015 enthält der Rechenschaftsbericht 2015, der die vorliegende Broschüre ergänzt. Sie finden ihn im Internet: sankt-georgen.de/nbi/publikationen/jahresberichte/



Über unsere aktuellen Aktivitäten (neue Veröffentlichungen, online-Kommentare, bevorstehende Veranstaltungen...) informieren wir in unserem Email-Newsletter, den wir 2-3mal im Jahr versenden. Bei Interesse schicken Sie bitte eine Email an newsletter@nell-breuning-institut.de.

Zudem halten wir Sie über unsere Homepage (www.nell-breuning-institut.de), unseren Twitter-Account (twitter.com/nbi_ffm) und unseren Facebook-Account (www.facebook.com/Wirtschaftsethik/) über die wirtschafts- und gesellschaftsethischen Forschungen und Veranstaltungen des NBI auf dem Laufenden.

www.sankt-georgen.de/nbi





OSWALD VON NELL-BREUNING INSTITUT

FÜR WIRTSCHAFTS- UND
GESELLSCHAFTSETHIK

DER PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHEN
HOCHSCHULE SANKT GEORGEN

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany

Tel. 069 6061 230

Fax 069 6061 559

eMail nbi@sankt-georgen.de

Internet www.sankt-georgen.de/nbi

Twitter @NBI_ffm

Facebook <https://de-de.facebook.com/Wirtschaftsethik>

